

GEW-Landesvorstand 15.10.2022

Resolution anlässlich der aktuellen Lehrkräftebedarfsprognose

Der Bildungswissenschaftler Klaus Klemm, der auch mehrere bundesweite Lehrkräftebedarfsprognosen erstellt hat, geht von mindestens 16.000 fehlenden Lehrkräften bis zum Jahr 2035 aus. Wenn bildungspolitische Ziele wie z.B. mehr Stellen für Grundschulen oder die Inklusion sowie Schulen in herausfordernden sozialen Lagen erreicht werden sollen, steigt die Lücke auf 27.000. Insgesamt müssen bis 2035 für den Ersatz ausscheidender Pädagog*innen und aufgrund der steigenden Schüler*innenzahlen 56.659 Stellen neu besetzt werden. Dafür werden ca. 64.000 Personen gebraucht. Bis dahin werden voraussichtlich aber nur 48.000 Lehrkräfte ihr Studium und Referendariat beenden.

Die Prognose der KMK, wonach das Angebot an neuen Lehrkräften in Baden-Württemberg bis 2035 bei 60.550 liege, hält Experte Klemm für unseriös. Die GEW geht davon aus, dass die Teilzeitquote bei Lehrkräften weiter steigt und deshalb mehr Personen für die zu besetzenden Lehrkräftestellen ausgebildet werden müssen.

Die Studie macht deutlich, dass das Bildungssystem Baden-Württembergs in eine demographische Zange gerät: In den kommenden zehn Jahren werden die „Baby-Boomer“ in den Ruhestand gehen. Gleichzeitig werden die geburtenschwachen Jahrgänge in das Berufsleben einsteigen. Außerdem steigen seit 2013 die Geburtenzahlen.

Wir gehen daher davon aus, dass sich der bereits heute bestehende Lehrkräftemangel in den kommenden zehn Jahren erheblich verschärfen wird und am Ende dieses Jahrzehntes noch nicht einmal die Zahl an Lehrkräften zur Verfügung steht, die notwendig wäre, um den gegenwärtigen Status Quo zu erhalten.

Wir fordern deshalb das Kultusministerium (KM) auf, eine Strategie für die kommenden 15 Jahren zu entwickeln, wie mit dem Lehrkräftemangel umgegangen werden soll.

Im Einzelnen halten wir fest:

1. Die GEW lehnt es entschieden ab, dass der Lehrkräftemangel auf dem Rücken der Beschäftigten durch Mehrarbeit und Erhöhung der Arbeitsbelastung ausgetragen wird. Die GEW lehnt auch eine Deregulierung des Berufsfeldes durch den vermehrten Einsatz von sogenannten „sonstigen geeigneten Personen“ (ohne adäquate Lehramtsausbildung) ab. Wir fordern das KM auf, einen Diskussionsprozess in Gang zu setzen, über die Frage, was das Schulsystem in den kommenden 15 Jahren überhaupt noch leisten kann und soll. Es macht wenig Sinn, permanent zusätzliche Aufgaben zu definieren, wenn das dafür notwendige Personal fehlt.

2. Die GEW fordert sofortige Maßnahmen, um effektiv Lehrkräfte zu gewinnen:

2.1. Die Schaffung von ausreichend Studienplätzen und außerdem Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität des Lehramtes, um in der Konkurrenz um junge Menschen bestehen zu können und sie für eine Lehramtsausbildung zu gewinnen. Dazu gehören z.B.

- Maßnahmen zu Begrenzung der Arbeitszeit und Arbeitsbelastung.
- Erhöhung der Besoldung, um die Reallohnverluste durch die exorbitante Inflation auszugleichen.
- A 13 / E 13 für Grund- und Hauptschullehrkräfte.

2.2. Attraktive Qualifizierungsprogramme für den Direkt- und Quereinstieg für qualifizierte Bewerber*innen.

2.3. Mehr Studienplätze im Aufbaustudium Sonderpädagogik.

2.4. Attraktive Maßnahmen, um Bestandlehrkräfte länger im Dienst zu halten, z.B. eine Erhöhung der Altersermäßigung.

2.5. Verlässliche Daten, wie viele Lehramtsstudierende ihr Studium/ihr Referendariat wann und warum abbrechen oder nach dem Referendariat nicht in Baden-Württemberg arbeiten. Ausgehend davon müssen Maßnahmen erarbeitet werden, um Studierende besser zu unterstützen und Referendar*innen in Baden-Württemberg zu halten. Dazu gehört z.B. eine Bezahlung über die Sommerferien.

3. Einsetzen einer Enquete-Kommission zum Fachkräftemangel im Bildungsbereich.